

Sozialdemokratie und Medienpolitik

Der Beitrag parteiungebundener Autoren in der Pressereformdebatte Anfang des 20. Jahrhunderts

Maria Löblich / Niklas Venema

Die Pressereformdebatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts war eine Reaktion auf die Kommerzialisierung der Presse und beschäftigte sich mit der Verstaatlichung der Zeitungsinsertate. Obwohl diese Debatte auch die Kommunikationsprobleme der SPD berührte, die in der hochauflagigen Massenpresse kaum Sichtbarkeit für ihre Themen zu erlangen glaubte, beteiligte sich die Partei nicht daran. Gestützt auf den diskursiven Institutionalismus (Schmidt 2008) untersucht dieser Beitrag die Gründe für die Abstinenz der SPD und verfolgt dabei die These, dass die zentralen Autoren der Debatte – Karl Bücher, Erich Schairer und Wolfgang Schumann – stellvertretend auch die Massenkommunikationsprobleme der SPD bearbeiteten. Mit einer kategoriengeleiteten Inhalts- und Dokumentenanalyse werden Publikationen, Parteitagprotokolle und weitere Quellen zwischen 1908 und 1920 untersucht. Die Ergebnisse zeigen, dass die SPD, gebunden an historische Erfahrungen und strukturelle Faktoren, ihre Probleme mit den eigenen Zeitungen zu lösen glaubte, obwohl sie sich eingestehen musste, mit der Massenpresse nicht konkurrieren zu können. Den drei mit der Sozialdemokratie sympathisierenden, aber parteiunabhängigen Autoren war es aufgrund ihrer institutionellen Kontexte möglich, sich für staatliche Eingriffe in ökonomische Pressestrukturen einzusetzen und damit auch die Kommunikationsprobleme der Partei zu bearbeiten.

Schlüsselwörter: Medienpolitik, Kommunikationsgeschichte, Massenpresse, qualitative Analyse, diskursiver Institutionalismus

1. Die SPD und die Pressereformdebatte

Als Karl Bücher zu Beginn des 20. Jahrhunderts die „kapitalistische Unternehmung“ als „ärgstes Gebrechen der modernen Zeitung“ bezeichnete und unter Berufung auf die bereits ein halbes Jahrhundert alte Pressekritik Ferdinand Lassalles vorschlug, das Anzeigenwesen „in die öffentliche Obhut“ zu nehmen (1915: 181), stritt die SPD über ihre Haltung zu Kriegspolitik und -wirtschaft und rang um Einheit auch der eigenen Blätter (Koszyk 1980: 21, Euchner 2005: 270f.). An der Diskussion über die Reform der Presse, zu der Bücher beitrug, beteiligte sich die SPD nicht. Die Autoren dieser schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts anhaltenden und im späten Kaiserreich und der frühen Weimarer Republik intensivierten Debatte beschwerten sich über Einseitigkeit, Hetze und Sensationalismus in der Presse und machten dafür das Anzeigenwesen verantwortlich. Ihre Forderungen reichten von der Verstaatlichung bestimmter Insertate bis zur Sozialisierung der gesamten Presse (Groth 1928, Roegele 1965, Koszyk 1972).

Die SPD nahm diese Debatte nur am Rande zur Kenntnis (Braun 1919, Fischer 1919, Protokolle über die Verhandlungen der Parteitage der SPD 1919: 317). Das ist überraschend, weil ihre Kritik an der kommerziellen Presse so alt war wie die Sozialdemokratie selbst. Die Partei sah vor allem ein Problem in ihrer medialen Sichtbarkeit. Ihre Pressekritik war von Anfang an auch getragen von der Empörung, wie die organisierte Arbeiterschaft in der Öffentlichkeit behandelt wurde (Lassalle 1965[1863]). Die Klage, von der „kapitalistischen Presse“ (Mehring 1908: 1) bekämpft zu werden, zieht sich wie ein

roter Faden durch das 19. und frühe 20. Jahrhundert (vgl. Protokoll der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1871, Protokolle über die Verhandlungen der Parteitage der SPD 1891, 1907, 1919). Ausgerechnet die Zeitungen, die „den Markt der öffentlichen Meinung“ beherrschten (Eisner 1919[1914]: 448f.), die Generalanzeiger, dienten „wirtschaftlichen Interessenten“: Großindustriellen, Inserenten, Verlegern (ebd.: 447f.). Hinzu kam aus Sicht der Partei, dass die sozialdemokratische Presse gegenüber den örtlichen General- und Lokalanzeigern „ein Zwerg“ war (Schröder 1907: 742). Zwar hatte die SPD nach dem Ende der repressiven Bestimmungen des Sozialistengesetzes 1890 die Anzahl und Auflage ihrer Zeitungen bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs steigern können. Neben dem weitverbreiteten Parteiorgan *Vorwärts* musste die Partei allerdings einen großen Teil ihrer in kleiner Auflage erscheinenden lokalen Zeitungen bezuschussen (Leesch 2014: 64–67). Insgesamt fühlte sich die SPD gegenüber der parteiunabhängigen Presse unterlegen und beklagte, dass unentschlossene Wähler kaum erreicht würden und selbst die eigenen Anhänger die unterhaltsameren bürgerlichen Zeitungen vorzögen (Koszyk 1958).

Die Debatte über die Regelung des Anzeigenwesens wäre für die SPD eine Gelegenheit gewesen, das von ihr wahrgenommene Massenkommunikationsproblem zu bearbeiten. Eine Gelegenheit auch deshalb, weil die Forderungen nach Anzeigenregulierung in der Kriegs- und Nachkriegszeit gipfelten, als die Presse insgesamt Einbrüche der Auflagen verkraften musste und grundlegende Strukturreformen der Wirtschaft möglich schienen. So setzten der „Rat der Volksbeauftragten“ aus Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) und dem abgespaltenen linken Parteiflügel USPD 1918 sowie die nachfolgende Reichsregierung unter MSPD-Kanzler Hermann Müller 1920 Sozialisierungskommissionen ein, die bis 1923 Pläne zur Verstaatlichung verschiedener Wirtschaftsbereiche entwarfen (Euchner 2005: 288–296).

Die vorliegende Studie fragt nach den Gründen für die Abstinenz der SPD und verfolgt dabei die These, dass zentrale Autoren in der Pressereformdebatte stellvertretend (auch) die Massenkommunikationsprobleme der Partei bearbeiteten. Diese Autoren waren der Sozialdemokratie gewogen, agierten aber unabhängig von der SPD. Neben der Partei werden drei Autoren genauer untersucht, die in dieser Debatte besonders einflussreich waren. Das waren der Nationalökonom und Zeitungswissenschaftler Karl Bücher (1847–1930), der Publizist Erich Schairer (1887–1956) sowie der Schriftsteller Wolfgang Schumann (1887–1964). Gestützt auf den diskursiven Institutionalismus (Schmidt 2008) nehmen wir die Zusammenhänge zwischen Ideen und institutionellen Kontexten von Akteuren in den Blick. Entlang dieses theoretischen Rahmens entwickeln wir ein Verständnis dafür, warum es im Unterschied zu Bücher, Schairer und Schumann für die SPD weder richtig noch akzeptabel sein konnte, eine Regulierung ökonomischer Pressestrukturen zu fordern. Eine historische Inhalts- und Dokumentenanalyse im Zeitraum von 1908 (Befassung des politischen Systems mit Inseraten) bis 1920 (Ende der Pläne zur Sozialisierung der Presse) bildet die empirische Basis.

Unser Aufsatz behandelt ein „Dauertraktandum“ (Kiefer/Steininger 2014: 21) sowohl der medienpolitischen Debatte als auch der Forschung im 19. und 20. Jahrhundert: den Konflikt zwischen privaten Profitinteressen und dem Dienst der Medien für die Allgemeinheit. Er zeigt aber auch, dass dieses Dauertraktandum an Sichtbarkeitsinteressen von Akteuren gebunden ist. Er möchte deshalb zu einer Geschichte der Medienpolitik beitragen, die „wie kein anderes [politisches Handlungsfeld] die mit der Medialisierung der modernen Gesellschaften zusammenhängenden Problemkonstellationen“ vereinigt (Saxer 2012: 669). Wie unsere Studie zeigt, sind diese Problemkonstellationen „kein überzeitliches Phänomen“, sondern mit Blick auf die jeweilige historische Situa-

tion zu untersuchen (Bösch/Frei 2006: 14). Die Pressereformdebatte war eine Folge des ersten, durch die Ausbreitung der kommerziellen Massenpresse Ende des 19. Jahrhunderts bewirkten „Medialisierungsschubs“ (ebd.: 20). Sie steht für eine Phase der Medienpolitik, in der sich (abgesehen von staatlichen Akteuren) einzelne Aktivisten engagierten und, mit zunehmender Bedeutung medial vermittelter öffentlicher Kommunikation, nach und nach kollektive Interessen formierten (Wilke 2002: 58).

Um die skizzierte Argumentation nachvollziehbar zu machen, wird im Folgenden zunächst ein Überblick über die Pressereformdebatte, Pressestrukturen sowie politischen Kontexte im Untersuchungszeitraum gegeben (Abschnitt 2). Dabei möchten wir insbesondere die Anfänge der Pressereformdebatte im 19. Jahrhundert und ihren weiteren Verlauf im Kontext der Veränderungen von Politik und Presse skizzieren. Dass diese Aspekte für das Verständnis von SPD und Reform-Autoren notwendig sind, legt der diskursive Institutionalismus nahe, der Gegenstand des dritten Abschnitts ist und mit dem Frame-Ansatz verbunden wird. Aus diesen theoretischen Grundlagen ergeben sich Untersuchungskategorien und Quellen (Abschnitt 4). Anschließend entfalten wir in fünf Schritten unsere Argumentation zu Bücher, Schairer, Schumann sowie zur SPD.

2. Die Pressereformdebatte zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik

Die Debatte über die Unvereinbarkeit von kommerziellen Strukturen und allgemeinen Aufgaben der Presse war im frühen 20. Jahrhundert nicht neu. Ferdinand Lassalle war in dieser Debatte eine wichtige Referenz (Schmölder 1879, Frizenschaf 1912, Schairer 1917). Der Mitbegründer des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-Vereins (ADAV) hatte 1863 gefordert, die Presse von den „gesellschaftlichen Rücksichten“ zu befreien, die sie „als eine *industrielle Capital-Anlage* und *Geld-Speculation*“ nehmen müsste (Lassalle 1965[1863]: 46). Er schimpfte, dass das „Geld-Interesse“ dazu führe, dass die Zeitungen „tägliche Lügen“ über seinen Verein verbreiteten und „Thatsachen in ihr Gegentheil entstell[en]“ (ebd.: 44f., 48). Als Lassalle forderte, diesen Missständen mit einem Gesetz entgegenzutreten und Anzeigen wieder allein staatlichen Anzeigenblättern vorzubehalten, war die Presse schon mehr als 13 Jahre lang damit beschäftigt, sich eine zweite Einnahmequelle aufzubauen. 1850 war das schon zuvor umgangene amtliche Inseratenmonopol endgültig gefallen. Es hatte ausschließlich staatlichen Anzeigenblättern mit amtlichen Bekanntmachungen, den sogenannten Intelligenzblättern, den Abdruck von Anzeigen erlaubt.

Die Aufhebung des amtlichen Anzeigenmonopols ermöglichte privatwirtschaftlich organisierten Zeitungen die Anzeigenfinanzierung. Es ist somit ein wichtiger Faktor der „Entfesselung der Massenkommunikation“ in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (Wilke 2008). Verstärkt seit 1880 differenzierte sich die Presse hinsichtlich Titelzahl, Auflage, Erscheinungshäufigkeit, Umfang und Inhalt aus. Neue Typen wie die geschäftlich orientierten, aber keineswegs unpolitischen Generalanzeiger entstanden. Ausdruck der Kommerzialisierung dieser neuen, hochauflagigen Massenpresse war der kontinuierlich steigende Anteil des Anzeigenerlöses am Gesamterlös, der vor 1914 bis zu zwei Drittel ausmachte (Reumann 1968). Im Ersten Weltkrieg ging das Anzeigengeschäft stark zurück, doch schon 1919 machten Einnahmen aus Inseraten wieder knapp über die Hälfte des Gesamterlöses aus (Stöber 1992: 6).

Angesichts der voranschreitenden Kommerzialisierung, befördert auch durch die Entstehung großer Zeitungskonglomerate und populärer Boulevardtitel sowie durch Industriekapital (Requate 2006), wurde die Forderung Lassalles zu Beginn des 20. Jahrhunderts wieder verstärkt aufgegriffen. Autoren „aus den verschiedensten politischen Richtungen und von oft weit voneinander entfernten geistigen Standorten“ formulierten Re-

formvorschläge für die Presse (Roegele 1965: 7, vgl. Groth 1928: 83-90). Nationalisten, Kulturkonservative, Sozialliberale, politische Katholiken und Sozialisten verband die Kritik an den Auswüchsen des Kapitalismus. Diese Kritik reichte bis in bürgerliche Milieus hinein. Der Erste Weltkrieg und die staatliche Kriegswirtschaft führten vor Augen, dass staatliche Eingriffe in die Wirtschaft möglich waren. Der politische Umbruch vom Kaiserreich zur Weimarer Republik 1918/19 verstärkte kurzzeitig den Eindruck, dass solche Pläne, etwa im Rahmen der bayerischen Räterepublik oder auch auf Reichsebene, realisierbar waren. Die MSPD stritt über das Ob und Wie der Sozialisierung. Doch der Mehrheitssozialdemokrat Rudolf Wissell, Wirtschaftsminister des ersten regulären Kabinetts der Reichsregierung in der Weimarer Republik, scheiterte 1919 mit seinem planwirtschaftlichen Konzept einer durch paritätische Wirtschaftsbünde kontrollierten Gemeinwirtschaft (Euchner 2005: 272-296).

Es wurde nichts aus der Fülle der damals gemachten Reformvorschläge für die Presse. Die einflussreichsten Autoren in der Debatte, von Anhängern und Gegnern stark wahrgenommen und vom Staat zu Gesetzesvorschlägen aufgefordert, waren der Leipziger Professor für Nationalökonomie Karl Bücher, der Publizist Erich Schairer sowie, etwas weniger prominent, der Redakteur und Schriftsteller Wolfgang Schumann. Alle drei sympathisierten mit der Sozialdemokratie, ohne enger an die SPD gebunden zu sein. Bücher (1921) und Schairer (1919) entwarfen Pläne für ein staatliches und kommunales Anzeigenmonopol: Inserate sollten ausschließlich in amtlichen Blättern erscheinen und in der privatwirtschaftlichen Presse (bei Bücher in der politischen Presse) verboten werden. Schumann (1919) strebte die Sozialisierung der gesamten Presse an, die durch Räte geführt werden sollte.

3. Diskursiver Institutionalismus

Dieser Beitrag untersucht, weshalb SPD und Pressereform-Autoren auf ihre Weise in der Pressereformdebatte sprechen durften oder schweigen mussten, und stützt sich dabei auf den diskursiven Institutionalismus. Die Politologin Vivien A. Schmidt (2008) erläutert in ihrem Ansatz die Bedeutung von Ideen und Diskurs im politischen Prozess und bietet eine dynamische Erklärung für den Erhalt und Wandel von Institutionen. Der diskursive Institutionalismus ist für diese Untersuchung gut geeignet, weil er den Blick auf den Zusammenhang von Akteuren (und ihren Wahrnehmungen), Diskursen und Strukturen richtet. Er hilft zu verstehen, wie sich Diskurse aufgrund verinnerlichter struktureller Faktoren entwickeln.

Schmidts Diskursbegriff enthält eine Handlungsdimension (was Akteure sagen, wie und zu wem) und eine Strukturdimension („what is said, or where and how“; Schmidt 2008: 305). In Diskursen bedingen Ideenstrukturen (*ideational structures*), welche Ideen als politisch möglich angesehen und ausgesprochen werden dürfen. Akteure müssen sich für die Interpretation politischer Probleme und zur Legitimation ihrer Vorschläge auf Ideenstrukturen beziehen, die ihr Denken und Sprechen zugleich ermöglichen und beschränken. Sie reproduzieren dadurch Ideenstrukturen, sind aber auch in der Lage, sich kritisch mit diesen auseinanderzusetzen und sie zu verändern (Carstensen/Schmidt 2016: 320). Akteure versuchen im Diskurs, andere zu überreden und setzen rhetorische Mittel ein, um ihre Ideen zu legitimieren und Abweichler abzustrafen (ebd.: 305, 323f.). Und sie versuchen Macht auszuüben, indem sie die normativen und kognitiven Überzeugungen anderer beeinflussen sowie den Zugang zur Verbreitung von Ideen (ebd.: 320, 326). Ideen sind kognitiv oder normativ, unterschiedlich komplex und reichen von Weltanschauungen über Frames bis hin zu konkreten Handlungsempfehlungen. Mit Schmidt (2008: 306) nehmen wir an, dass Frames und darin enthaltene Lösungsvorschläge dis-

kursiv verhandelt werden, wohingegen die hinter Frames liegenden, allgemeinen *world-views* außer in Krisenzeiten nicht weiter thematisiert, sondern für selbstverständlich genommen werden.

Die politischen Positionen von SPD und den drei Intellektuellen in der Pressereformdebatte waren Untersuchungsgegenstand dieser Studie. Um diese Positionen differenziert erfassen zu können, haben wir Entmans Frame-Begriff in unsere Studie integriert und begründen diesen Schritt im Folgenden. Schmidt (2008: 306) benutzt, ohne sich auf kommunikationswissenschaftliche Literatur zu beziehen, einen Frame-Begriff, der den „strategisch gefärbten Blickwinkeln auf politische Themen“ in der Framing-Forschung in unserem Fach nahekommt (Matthes 2014: 12). Der diskursive Institutionalismus bezeichnet Frames als „problem definitions“ that set the scope of possible solutions“ (Schmidt 2008: 306). Wenn dieser Ansatz außerdem fragt, warum bestimmte Problemdefinitionen die politische Realität dominieren und andere nicht (ebd.: 307), teilt er Entmans Interesse an Framing als Kampf um „dominant meanings“ (Entman 1993: 57). Eine genaue Aufschlüsselung von Frame-Komponenten liefert Schmidt jedoch nicht. Aus diesem Grund und weil beide Ansätze gut zueinander passen, haben wir den Frame-Begriff von Entman in unseren theoretischen Rahmen integriert. Entman (1993: 52) zufolge setzt sich ein Frame aus den vier Elementen Problemdefinition, Ursachenzuschreibung, moralische Bewertung und Lösung zusammen. Welche Frames bestimmte Akteure entwickeln, welche Deutungen für sie richtig und akzeptabel sind, erklärt der diskursive Institutionalismus über die institutionellen Kontexte, in denen sie sprechen. Auf diese Weise ergänzt dieser Ansatz wiederum den Frame-Begriff, der auf diese Weise an Gesellschaft rückgebunden werden kann (Vliegthart/van Zoonen 2011).

Mit institutionellen Kontexten sind verinnerlichte strukturelle Faktoren aus Geschichte und Gegenwart gemeint. Das können formalisierte Institutionen sein, in denen sich ein Akteur im Laufe seiner Geschichte bewegt hat, bewegen musste und die ihn geprägt haben (etwa das politische System, die Organisation, in der man sich betätigt (hat) mit ihren Regeln). Auch weniger stark formalisierte Regel- und Bedeutungszusammenhänge, die Akteure beobachtet haben, bilden institutionelle Kontexte (zum Beispiel wie Meinungs- und Generalanzeigerpresse berichteten; oder politische Zeitschriften, das Elternhaus oder soziale Milieus, die religiöse oder politische Orientierung vermittelt haben; Schmidt 2008: 312f.). Die mit institutionellen Kontexten verbundenen Normen, Regeln, Deutungen werden verinnerlicht. Sie formen Identität, Selbstverständnis und Interessen eines Akteurs (Carstensen/Schmidt 2016: 329). Diese Gewissheiten „im Hintergrund“ des Bewusstseins werden meist nicht weiter hinterfragt, sorgen für Kontinuität im Denken und Handeln und werden reproduziert. Die *background ideational abilities* sorgen dafür, dass Akteure Ereignisse mithilfe solcher verfestigter Ideen (*ideational structures*) einordnen und bewerten können, dass sie einen Referenzpunkt haben, wenn sie entscheiden, ob es für sie Sinn macht, sich mit einem Thema zu beschäftigen (Schmidt 2008: 314, Carstensen/Schmidt 2016: 329). Um den Wandel von Ideen zu erklären, führt Schmidt den Begriff der *foreground discursive abilities* ein. Diese befähigen Akteure, auch außerhalb der Institutionen zu denken und zu sprechen, in denen sie sich bewegen. Sie können dabei ihr Hintergrundwissen thematisieren und zur Diskussion stellen, um es zu verändern. Sie stoßen dabei auf Akteure, die die etablierten Ideen(-strukturen) verteidigen und erhalten wollen (Schmidt 2008: 314).

Der diskursive Institutionalismus hilft zu verstehen, warum Akteure bestimmte politische Ideen entwickelt haben, warum sie sie verändern oder an ihnen festhalten und Abweichler nur in bestimmten Grenzen tolerieren können. Orientiert an diesem Ansatz haben wir die These aufgestellt, dass Bücher, Schairer und Schumann als medienpoliti-

sche *foreground*-Akteure der Sozialdemokratie verstanden werden können, während die *foreground discursive abilities* der SPD der Idee der sozialdemokratischen Presse verhaftet blieben.

4. Untersuchungskategorien und Quellen

Aus dem diskursiven Institutionalismus und dem Frame-Begriff von Entman (1993) wurden folgende Kategorien und Unterkategorien zur Untersuchung der drei Autoren und der SPD abgeleitet:

- *pressebezogene Ideen*: Problemdefinitionen / Ursachenzuschreibungen / moralische Bewertungen / Lösungsvorschläge;
- *Weltanschauung*;
- *institutionelle Kontexte*: Pressestrukturen / politisches System / Parteientwicklung / Ideenstruktur / Sprech- bzw. Publikationsbedingungen / (Herkunfts-)Milieu / Beruf / Bindung an Organisationen;
- *diskursive Strategien*: abstimmen / überreden / sanktionieren (rhetorische Mittel).

Dieses Kategoriensystem diente dazu, die Quellen systematisch auszuwerten und die Ergebnisse nachvollziehbar zu interpretieren (Löblich 2016). Bei der Anwendung der aus Entman (1993) abgeleiteten Kategorien kam es uns nicht darauf an, am Ende Frames zusammenzusetzen, sondern die jeweiligen pressebezogenen Ideen der Akteure differenziert zu ermitteln. Der Schwerpunkt unserer Untersuchung bestand darin, diese Ideen zu kontextualisieren. Dabei half die Kategorie „institutionelle Kontexte“, deren Unterkategorien sich auf gesellschaftliche Strukturen (Presse, Politik), Parteimerkmale und formale Merkmale des Sprechens und Publizierens sowie Merkmale des individuellen Akteurs bezogen. Diese Kategorien halfen uns zu verstehen, was und warum die SPD und die drei Autoren äußerten, und wie sich normative Begründungen (Weltanschauungen) wandelten. Diskursive Strategien gaben Aufschluss darüber, wie die Akteure ihre Positionen zu legitimieren und durchzusetzen suchten.

Unser Untersuchungszeitraum umfasst die Jahre zwischen 1908 und 1920, auch wenn die Pressereformdebatte, wie beschrieben, weiter zurück ins 19. Jahrhundert reicht. Mindestens drei Gründe sprechen für diese Eingrenzung. Erstens untersuchen wir die Debatte als Reaktion auf die Ausbreitung der kommerziellen Massenpresse, die in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg einen Höhepunkt des Anzeigengeschäfts erlebte (Reumann 1968). Zweitens setzte sich das politisch-administrative System mit Zeitungsanzeigen auseinander und wurde damit Adressat von Reformvorschlägen. Bei dem (gescheiterten) Entwurf eines Anzeigensteuergesetzes des Reichsschatzamtes 1908 ging es zwar nicht primär um die normativen Funktionen der Presse, sondern um eine mögliche staatliche Einnahmequelle (Roegel 1965: 79, Koszyk 1972: 46). Doch wurde der Staatssekretär im Reichsschatzamt später zum Ansprechpartner von Erich Schairers Presse-reformvorschlägen (Schairer 1915a, NL 183/4/Sa-Schm 15-16). Drittens flauten mit dem Ende der bayerischen Räterepublik und der ersten Sozialisierungskommission auf Reichsebene die Sozialisierungspläne der Presse und anderer Wirtschaftsbereiche seit 1919 ab. Die Zeitungsverleger als ihre vehementesten Gegner mussten sich damit nur bis 1920 ernsthaft auseinandersetzen (Koszyk 1972: 46f.). Denn die zweite Sozialisierungskommission stellte am 24. September 1920 fest, dass die Presse als „geistige Macht nicht sozialisiert werden könne“ (Groth 1928: 90).

Im Folgenden werden die Quellen beschrieben, die mit einer kategoriengeleiteten qualitativen Inhalts- und Dokumentenanalyse ausgewertet wurden. In die Quellenauswahl gingen Texte ein,

- die möglichst nah an die Zeit und die Akteure heranreichen;
- die es erlaubten, Entwicklung sowie mögliche Veränderung der *pressebezogenen Ideen* im Zeitverlauf zu untersuchen (etwa Radikalisierung der Regulierungsvorschläge, Infragestellung von *ideational structures*) und
- die potenziell Einfluss nehmen konnten innerhalb der Partei (z. B. Reden des Parteivorsitzenden auf dem Parteitag der SPD), im politischen System (z. B. Gesetzesvorschläge) oder auf Presseexperten (z. B. Beiträge in politischen Zeitschriften, die von angesehenen Gelehrten oder Politikern herausgegeben wurden; vgl. Bruch 1980).

Wir haben die Pressereformbeiträge von Bücher, Schairer und Schumann ausgewertet, die in politischen, akademischen und kulturtheoretischen Zeitschriften (unter anderem in *Die Hilfe*, *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, *Kunstwart*, *Die Tat*, *März*), Flugschriften, Sammelbänden und Buchreihen erschienen sind. Zeitgenössische Überblickstexte zur Debatte, Bibliographien und Sekundärliteratur halfen bei der Identifizierung dieser Beiträge (vgl. Groth 1928, Kutsch 2000, Kunze 1967). Für die SPD wurden Parteitagsprotokolle (ausgewählt auf der Basis von Schröder 1910, 1917; Osterroth/Schuster 1975) und theoretische Diskussionsorgane (*Die Neue Zeit*, *Sozialistische Monatshefte*, *Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse*) analysiert. Darüber hinaus haben wir autobiographisches Material, Biographien und Archivmaterial herangezogen.¹

5. Ergebnisse

Gestützt auf die Inhalts- und Dokumentenanalyse möchten wir nun in fünf Schritten unsere These belegen, dass Bücher, Schairer und Schumann als zentrale Autoren in der Pressereformdebatte stellvertretend (auch) die Massenkommunikationsprobleme der SPD bearbeiteten, während innerhalb der SPD die Ideenstruktur der sozialdemokratischen Presse eine so starke Autorität besaß, dass die Idee der Anzeigenkontrolle keine Chance hatte. Bei jedem Schritt werden Autoren und Partei hinsichtlich ihrer pressebezogenen Ideen sowie institutionellen Kontexte gegenübergestellt. Im ersten Schritt zeigen wir die Beziehung der drei Akteure zur SPD.

Bücher, Schairer und Schumann interessierten sich für die Sozialdemokratie und teilten deren (Presse-)Kapitalismuskritik, waren aber nicht von der Partei abhängig.

Aus Publikationen und Briefen geht hervor, dass die SPD für die drei Autoren (durchaus kritischer) Beobachtungs- und Diskussionsgegenstand war. Der frisch im *Reutlinger General-Anzeiger* angestellte Redakteur Schairer untersuchte den Wahlerfolg der SPD bei der Reichstagswahl von 1912 und machte als „Geheimnis der Sozialdemokratie“ unter anderem die Millionen Flugblätter und Broschüren aus, die vor der Wahl verteilt worden seien sowie das „ständige[m] Wachstum“ ihrer Presse (Schaber 1981: 23). Karl Bücher diskutierte wiederholt Bedeutung und Politik der Partei, insbesondere ihre Sozialisierungspläne (Bücher 1915, 1919, 1921). Er hatte überdies in Leipzig mehrere zeitungskundliche Doktorarbeiten zur Presse der SPD und der Gewerkschaften betreut (Meyen 2002: 149). Die Autoren wussten, was die Partei über die Presse dachte, etwa über Anonymität und das Anzeigenmonopol (Bücher 1926[1916], 1921; Schairer 1919). Mehr noch: Sie sprachen das Problem an, dass unterschiedliche politische Akteure unterschiedliche Chancen hätten, in der Presse angemessen zu Wort zu kommen (Schu-

1 Nachlass und Teilnachlass Wolfgang Schumann in der Sächsischen Landesbibliothek, Staats- und Universitätsbibliothek, Mscr.Dresd.App.1684, Mscr.Dresd.App.2706. Nachlass Karl Bücher, Universitätsbibliothek Leipzig, hier die Briefe von Schairer an Bücher, NL 181-183.

mann 1919: 5). Karl Bücher sprach das Massenkommunikationsproblem der SPD direkt an. Er kritisierte, „unsere Parlamente haben [...] namentlich der Sozialdemokratie gegenüber vielfach gefehlt, und die Presse hat es ihnen nachgetan.“ Auch wenn der Ton in der Arbeiterpresse manchmal roh gewesen sei: die „bürgerliche Presse“ müsse aufhören, die SPD als „vogelfrei“ zu behandeln (Bücher 1915: 183). Ähnliches formulierte Ferdinand Avenarius, Stiefvater von Schumann und gemeinsam mit dessen Vater Gründer des Dürerbunds, einer Vereinigung nationalkultureller Intellektueller (Bruch, 2005): Das „moralische Verketzern“ der Sozialdemokratie müsste beendet werden (Avenarius 1914: 99). Schumann und Avenarius arbeiteten eng im Dürerbund und seiner Zeitschrift *Kunstwart* zusammen.

Die drei Autoren teilten die Kapitalismuskritik der SPD, auch wenn sie sie anders begründeten und sonst wenig mit dem Sozialismus der Partei zu tun hatten. Schairer und Bücher argumentierten aus einer national-sozialen und altliberalen, durchaus monarchietreuen Position heraus (Bruch 1980: 592, Schaber 1981: 55), und auch Wolfgang Schumann war anfangs stark von dem „ethischen National-Sozialismus“ des Dürerbunds geprägt (Kraatzsch 1969), bis er sich deutlicher als die beiden anderen der Sozialdemokratie annäherte, 1918 Parteimitglied wurde und ab 1922 als Mitarbeiter des Parteiorgans *Dresdner Volkszeitung* arbeitete. Im Untersuchungszeitraum sind Parteifunktionen hingegen nicht überliefert.

Schairer und Schumann wollten nicht nur die Presse, sondern den Kapitalismus insgesamt verändern. Gemeinwirtschaft (Schairer 1917) und Vollsozialisierung (Schumann 1919) waren ihr Ziel. Das war nicht Büchers Ziel. Doch obgleich er schimpfte, dass die SPD den Kapitalismus für alles „Schlimme[s] in der Welt“ verantwortlich machte (1926[1916]: 122), verlangte seiner Auffassung nach der „vorgeschrittene kapitalistische Charakter“ der Tagespresse (und hier schloss er die sozialdemokratische ein) „dringend nach Änderung“ (Bücher 1921: 299, 322). Der Skeptiker von Parlamentarismus und „Volksherrschaft“ erkannte an, dass die SPD „das politische Leben um Gedanken und Bestrebungen bereichert“ hatte und sprach sogar von „Idealen von berauschender Großartigkeit“ (Bücher 1915: 183f.). Schairer, der erst der Fortschrittlichen Volkspartei nahestand und die SPD als „Gegner“ bezeichnet hatte, wollte ein paar Jahre später mit einem führenden Sozialdemokraten zusammenarbeiten (Schairer 2002: 147-149), 1919 trat er kurz der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bei. Insgesamt ist bei Schairer und Schumann eine Veränderung weltanschaulicher Positionen im Untersuchungszeitraum feststellbar, ihre politischen und Erwerbs-Milieus wandelten sich. Büchers pressekritische Haltung schärfte sich.

Die drei Autoren formulierten die kommerziell bedingte Realitätsverzerrung durch die Massenpresse als Problem. Mit dieser Problemdefinition nahmen sie sich (auch) der Massenkommunikationsprobleme der SPD an.

Bücher, Schairer und Schumann problematisierten die „Einseitigkeit und Unsachlichkeit“ (Schumann 1919: 3) der Tagespresse und ihren „Sensationalismus“ (Schairer 1919: 10f.). Als Ursache benannten sie die Anzeigenabhängigkeit, die bestimmte Rücksichten und Interessen mit sich brächte. „Wieweit etwa im textlichen Teil mehr oder weniger bewußt Dinge bevorzugt oder unterdrückt werden, die sich mit Interessen der Inserenten berühren [...], entzieht sich der Kenntnis“ (Schairer 1919: 7). Sie forderten „Wahrheit“ und „Wahrhaftigkeit“ in der Presse (Schumann 1920: 354, Bücher 1921: 308).

Für unsere These ist wichtig, dass mediale Realitätsverzerrung in diesen Texten als Problem für politische Meinungen und Gruppierungen angesehen wurde, die auf mediale Sichtbarkeit angewiesen sind. Karl Bücher wies direkt auf die Sozialdemokratie hin

(1915: 183, 1921: 319, 322). Und Erich Schairer dachte in einem Brief an Bücher darüber nach, Kontakte zu SPD-Bürgermeistern herzustellen, um sie für seine Idee zu gewinnen: Nachrichten- und Anzeigenblätter der Kreise, die deren amtlichen Bekanntmachungen „möglichst große Publizität“ verschaffen würden (1915e: 578, 1915c, NL 182/S 39-40).

Im Hintergrund der Problemdefinition arbeitete eine starke Wirkungsannahme. „Keine Regierung und kein Volksvertreter“, so Schairer (1919: 14), glaubt, die „Macht“ der Presse über die öffentliche Meinung „unterschätzen oder verachten zu dürfen“. Auch die Lösungsvorschläge der drei Autoren nahmen sich der Sichtbarkeitsprobleme der Sozialdemokratie an. Wolfgang Schumann forderte gegen die geschäftsbedingte „Hetzerei“ (1920: 354) nicht nur „öffentliche Kontrolle und Bewirtschaftung“ der Presse (Schumann 1919: 5), sondern ein „Verfahren, nach welchem Angehörige anderer Parteien und Richtungen ein Recht auf Zeitungsraum bekommen“ sollten (ebd.: 11). Zeitungen müssten jede Woche im Wechsel einer anderen politischen Partei Platz einräumen. Karl Bücher hielt von diesem Vorschlag nichts und staunte über die „Naivität“ anzunehmen, dass jemand Artikel einer fremden politischen Gruppierung lesen würde (1921: 317).

Obwohl Bücher mehrfach die volkswirtschaftliche Bedeutung des Anzeigenteils betont hatte, war er sich mit Schairer einig, dass Lassalles Forderung wiederaufzunehmen sei. Er warf der SPD vor, ihren Vordenker vergessen und sogar diskreditiert zu haben (ebd.: 312). Bücher zufolge sollte der gesamten politischen Presse jede Art von Anzeigen untersagt werden. Gemeinden bekämen das Inseratenmonopol, um Anzeigenblätter mit redaktionellem Teil zu produzieren und müssten dafür am besten noch ein Nachrichtenmonopol erhalten. Dass damit das Problem von Kontrolle und Macht über die Sichtbarkeit von Themen, Meinungen und Gruppen nicht gelöst war, mochte er als Anhänger des Munizipalsozialismus aber nicht eingestehen (ebd.: 323-325, vgl. Bruch 1980: 593). Auch Schairer gestand der privaten Presse unter staatlichem Anzeigenmonopol nur noch eine Nebenrolle zu. Seiner Flugschrift „Sozialisierung der Presse“ stellte er Lassalles Zukunftsszenario des „sozialdemokratischen Staates“ voran. In dem „von der parlamentarischen Mehrheit regierten Volksstaat“ habe die Regierung „die Pflicht und Aufgabe, das Volk politisch zu ‚beeinflussen‘, d. h. zu bilden und zu erziehen“ (Schairer 1919: 18). Schairer teilte Büchers Vertrauen in den Staat. Mögliche Bedenken gegenüber staatlichem Missbrauch oder Zensur schoben alle drei an den Rand.

Was brachte diese Autoren dazu, sich mit kommerziell bedingter medialer Realitätsverzerrung zu beschäftigen? Karl Bücher hatte in den 1880er Jahren als Journalist bei dem Eliteblatt *Frankfurter Zeitung* gearbeitet. Sein Presseideal stammte aus der Zeit der Parteikämpfe und besagte, dass politische Diskussionen und Bildung zur Tagespresse gehörten, aber nicht Neuigkeiten und Zerstreuung. Seine journalistische Tätigkeit endete vor dem Aufstieg der Massenpresse (Meyen 2002: 144). Dass Erich Schairer sich daran störte, dass die Presse „suggestiv verfälscht“ und „schwer gesündigt“ hatte (1919: 10f.), dürfte mit seinem protestantischen Elternhaus zusammenhängen, das ihn zunächst zu Theologiestudium und Pfarrersberuf führte. Er schloss sich dem national- und sozialliberalen Kreis um den Theologen und Politiker Friedrich Naumann an und stand während des Ersten Weltkriegs mit Gemeinwirtschaftspolitikern in Kontakt, etwa dem SPD-Mann Rudolf Wissell, Walter Rathenau und Wichard von Moellendorff. In seiner bei Diederichs eingerichteten Schriftenreihe „Deutsche Gemeinwirtschaft“ erschienen Schriften dieser Männer (Schaber 1981). Wolfgang Schumann war mit der Reformbewegung des Bildungsbürgertums groß geworden, mit dem Dürerbund. Die beiden Gründer, Schumanns Vater sowie sein Stiefvater, Ferdinand Avenarius, mussten sich für Presseinhalte interessieren, weil ihre Bewegung einen Gesinnungswandel herbeiführen

wollte und dafür auf öffentliche Sichtbarkeit angewiesen war: weg von Gewinnstreben, Materialismus, hin zu Werten wie Wahrhaftigkeit, Nationalkultur und Erziehung des Volks durch eine kulturelle Elite (Bruch 2005). Bücher und Schumann fühlten sich überdies selbst von der Presse diffamiert (Schumann 1919: 19, Bücher 1921: 296).

Im Unterschied zu Bücher, Schairer und Schumann durfte die SPD mit ihren Lösungsvorschlägen nicht auf die gesamte Presse zielen und sich nicht für Alternativen zum kapitalistischen Pressebetrieb engagieren.

Die Sozialdemokratie klagte seit ihren Anfängen über ihre Behandlung durch die Presse. Der Parteivorstand berichtete den Delegierten 1907 über den „Verleumdungsfeldzug [...] der gesamten bürgerlichen Presse gegen uns“ (Protokoll 1907: 196). „Wir wollen uns den Verdruss sparen, uns in jeder Zeitung, die wir in die Hand nehmen, beschimpft [...] zu sehen“, hatte Carl Hirsch (1876: 17), Mitstreiter in den Vorläuferorganisationen, schon 30 Jahre zuvor geschrieben und so die Gründung einer eigenen Zeitung erklärt. Aus dieser Erfahrung heraus und unter dem Eindruck, auch nach dem Sozialistengesetz weiter diskriminiert zu werden (Wehler 2008: 1246), entstand in der Partei die Idee der „sozialdemokratischen Presse“ als Vorstellung, die erwünschte mediale Sichtbarkeit über eine organisatorisch und inhaltlich kontrollierbare Presse selbst gestalten zu können. Eine Resolution, die die Parteipresse als „das beste und wirksamste Agitations- und Kampfmittel“ definierte, wurde 1890 einstimmig angenommen (Protokoll 1890: 231). Dazu gehörten Vorstellungen zu Aufgaben, Organisation, Aufmachung und Inhalt, die in Abgrenzung von Generalanzeigern entwickelt wurden. Die Idee der „sozialdemokratischen Presse“ wurde im Zeitverlauf institutionalisiert, wovon der nach und nach eingerichtete Parteipresseapparat zeugt: Blätter und Druckereien in Anbindung an die Partei (über Strohmannen, Treuhänder), Subventionen aus der Parteikasse, Preßkommissionen zur Beaufsichtigung von Inhalt und Organisation, Anstellung und Ausbildung von eigenen Redakteuren (Koszyk 1958, Danker et al. 2003). Auch wenn die sozialdemokratische Presse von Anfang an nicht auf Anzeigen verzichten wollte und konnte, die Distanz zu diesem Element des Kapitalismus musste schon aus Legitimationsgründen nach außen sichtbar verankert werden. Der *Sozialdemokrat* des ADAV trat in der ersten Ausgabe 1864 mit vier Regeln für die Annoncenaufnahme an. Im *Volksstaat* durften Geschäftsanzeigen nicht erscheinen (Koszyk 1980: 16). Der Parteitag beschloss 1890 das Gebot, dass die Genossen „strenge“ darauf zu achten hätten, dass „unsere Presse nicht Gegenstand von Privatspekulationen werde“ (Protokoll 1890: 231). Der Umgang mit Anzeigen blieb Dauerthema der Parteitage (Schröder 1910, 1917).

Mit der eigenen Presse glaubte die SPD die Lösung für ihr Kommunikationsproblem gefunden zu haben. Geleitet von dieser Gewissheit, konnte der 1920 in den Parteivorstand gewählte Parteiredakteur Adolf Braun erklären (1919: 2): „Das Verbot der Inseratenaufnahme erscheint uns nicht als eine geeignete und würdige Schutzmaßnahme verfolgter Parteien.“ Bei dieser Lösung blieb die Partei auch, als immer deutlicher wurde, dass ihre Presse nicht mit den Generalanzeigern konkurrieren konnte und der Arbeiter „hartnäckig der bürgerlichen Klagschpresse treu“ blieb (Schröder 1907: 742). Es waren zuerst vor allem die SPD-Redakteure, die aus diesem Grund eine stärkere Orientierung an den Erfolgsrezepten der Massenpresse forderten: mehr Lokales, Unterhaltung und aktuelle Nachrichten und Freiräume für die Redakteure (Meißner 2017).

Während ihre Vorschläge zunächst diskreditiert wurden (vgl. Calwer 1901, Protokoll, 1901: 188-190, Franke 1914, Hoch 1914), lockerten sich nach und nach die Vorstellungen, was akzeptabel war. Dabei wurde zunächst dafür plädiert, sich bei dem „Vorbild des Generalanzeigers“ (Braun 1917) zunächst auf Technik und Anzeigenma-

nagement zu konzentrieren (Eisner 1919[1914]). Die schlechte wirtschaftliche Lage der sozialdemokratischen Presse während und nach dem Krieg trieb die Lockerung voran. Bis Mitte der 1920er hatte sich der sozialdemokratische Zeitungsstil dann deutlich der Massenpresse angenähert (Koszyk 1958: 166).

Die Vorschläge der Parteiredakteure können als Ausdruck der *foreground discursive abilities* der SPD bezeichnet werden. Aber auch die Redakteure lösten sich nicht von der Hintergrundidee der Partei. Die Veränderung einzelner Komponenten in der Idee der „sozialdemokratischen Presse“ (etwa Anzeigenfinanzierung, Inhalte) änderte letztlich nichts daran, dass dies der richtige Weg zu medialer Sichtbarkeit sei. Bei allen Reformvorschlägen, die der Pressebeauftragte Adolf Schulz 1919 auf dem Parteitag vorstellte, sollte es am Ende darum gehen, „unsere hervorragendste geistige Waffe, unsere Parteipresse auszubauen, zu erweitern, immer mehr in die Volksmassen hineinzubringen, trotz alledem! (Lebhafter Beifall)“ (Protokoll 1919: 318).

Was verbot es der SPD, Alternativen zum kapitalistischen Pressebetrieb zu fordern wie Bücher, Schairer oder Schumann?

- Die wachsenden Anzeigeneinnahmen bei der SPD-Presse seit Anfang des 20. Jahrhunderts und zugleich der schon erwähnte finanzielle Einbruch (auch durch Abokündigungen) im Ersten Weltkrieg: Das Verbot der Inseratenfinanzierung war vom Parteivorsitzenden August Bebel (Protokoll 1892: 97) Ende des 19. Jahrhundert als unrealistisch bezeichnet worden; es wäre „eine Torheit, wenn man diese materiellen Machtmittel, welche unsere Presse bei geschickter Leitung bietet, nicht benützt.“ Bebel musste wie seine Vorgänger immer wieder in Not geratenen Blättern aus der Parteikasse zuschießen. Trotzdem war der Anzeigenteil noch Mitte der 1920er Jahre ein „heikles Kapitel“ für die Parteigenossen (Koszyk 1958: 173). Karl Bücher (1921: 322) mutmaßte jedenfalls, dass die SPD solche Überlegungen vom Anzeigenmonopol abhielten.
- Das Erstarken des revisionistischen Flügels seit der Jahrhundertwende: Dieser Flügel in der Partei wollte im Unterschied zu den orthodoxen Marxisten keinen Umsturz der bestehenden Klassenverhältnisse, sondern strebte Reformen im Rahmen des Kapitalismus an (Euchner 2005).
- Die Regierungsverantwortung der SPD: Die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung 1919 hatte zwar die SPD zur stärksten Partei bestimmt. Doch eine sozialistische Mehrheits- oder Minderheitsregierung kam nicht zustande. Die Koalitionen mit DDP und Zentrumspartei bedeuteten Kompromisse auch in der Sozialisierungspolitik. Die SPD arbeitete mit den alten Eliten des Kaiserreichs in der Verwaltung zusammen (Wehler 2008). Die Konkurrenz von weiter links beförderte die Ablehnung der Pressesozialisierung als Ausdruck der „Revolutionspsychose“ der „Kommunisten in München“ innerhalb der SPD (Fischer 1919, vgl. Protokoll 1919: 312–317).

Milieus und Berufstätigkeit erlaubten es Bücher, Schairer und Schumann, staatliche Eingriffe in Presseorganisationsstrukturen zu fordern, während die SPD für eine solche Forderung wenig aufgeschlossen sein durfte.

Bücher, Schairer und Schumann waren geprägt von Gelehrten-, politischen und kulturellen Milieus, die sich für soziale und politische Reformen engagierten und diese Reformen in erster Linie von der staatlichen Bürokratie erwarteten (Bruch 1996: 582). Deshalb war für die drei Autoren der Gedanke ganz natürlich, dass eine Reform des Anzeigenwesens „von oben“ verordnet werden müsste. Wir haben bereits einige Stichworte zu den Vereinen, Bünden und Bewegungen geliefert, die die drei Autoren geprägt haben, und möchten hier vor allem ergänzen. Bücher war seit 1874 Mitglied des „Vereins

für Socialpolitik“. Für die Sozialreformer im Kaiserreich war es typisch, staats- und municipalsozialistische Gedanken mit Gesetzentwürfen zu unterstützen, und so ist auch Büchers Gesetzesvorschlag für ein Inseratenmonopol einzuordnen (ebd.). Im Verein für Socialpolitik engagierte sich auch der liberale Politiker Friedrich Naumann, von dem Erich Schairer 1912 als Sekretär angestellt wurde und in dessen Zeitschrift *Die Hilfe* er mitarbeitete. Dem bildungsbürgerlich geprägten Dürerbund ging es weniger um Sozialreformen und konkrete Politik als um die Nationalkultur. Schumanns Stiefvater Avenarius hatte ihm jedoch mit auf den Weg gegeben, dass die „deutschen Gebildeten [...] als Interessenten am allgemeinen Wohl mit in unsere Gesetzgebung greifen“ müssten. Sie dürften diese „nicht den Fachleuten überlassen.“ Avenarius schrieb auch über die Regulierung der Reklame (Avenarius 1908: 265). 10 Jahre später druckte der *Kunstwart* einen Auszug aus Lassalles Rede, vermutlich von Redakteur Schumann selbst veranlasst, der sich zu diesem Zeitpunkt von den nationalkulturellen Orientierungen des Dürerbunds entfernt hatte und mit dem Präsidenten des Zentralwirtschaftsamtes der bayerischen Räterepublik Otto Neurath Sozialisierung zu praktizieren suchte (Kraatzsch 1969: 436-439).

Bücher, Schumann und Schairer konnten auch deshalb einen staatlichen Eingriff in die Presse fordern, weil sie sich nicht oder kaum in einem Interessenskonflikt als Journalisten befanden und ein Zeitungssterben in Kauf nahmen (Schairer 1919: 16). Ihren Lebensunterhalt bestritten sie im Zeitraum unserer Untersuchung nicht oder nicht ausschließlich aus tagesaktueller journalistischer Tätigkeit. Bücher war Professor, Schumann arbeitete in der familieneigenen Zeitschriftenredaktion, Schairer arbeitete als Privatsekretär, Journalist (kurze, wechselnde Anstellungen) und als Geschäftsführer der Deutsch-Türkischen Vereinigung in Berlin, einer PR-Initiative für die deutsche Orientpolitik, bis er sich 1920 mit einer Sonntagszeitung selbständig machte, die nach ein paar Jahren offenbar ohne Anzeigenfinanzierung auskommen konnte (Schaber 1981).

Die SPD durfte hingegen für staatliche Eingriffe in Presseorganisationsstrukturen wenig aufgeschlossen sein. Die sozialdemokratische Presse war im Kaiserreich verfolgt worden, auch nach dem Sozialistengesetz gab es Repressalien (wie auch gegen Redakteure anderer Richtungen), und vor dem Reichspressegesetz hatten Kautionszwang und Stempelsteuer auch die Funktion erfüllt, unliebsame Opposition zu bekämpfen, gerade die mit wenig Geld. *Die Neue Zeit* atmete 1919 auf, dass die „Pressfreiheit mit dem Galgen daneben, die wir unter dem alten Regime hatten“, gefallen war (Thienst 1919: 113). Die SPD hatte auch deshalb Pressefreiheit schon in ihre frühen Parteiprogramme geschrieben (Protokoll des Sozialisten-Congresses 1877: 4).

Mit dem diskursiven Institutionalismus formuliert (Carstensen/Schmidt 2016: 323): Die historisch gewachsene Idee der rechtlichen Sicherung *vor staatlichen Eingriffen* hatte Vorrang innerhalb der Partei und strukturierte das Denken zu Lasten anderer pressepolitischer Ideen – zu Lasten der Idee, *staatliche Eingriffe* in Presseorganisationsstrukturen zu fordern. Dafür hatte auch die SPD-Fraktion im Reichstag gearbeitet, als sie 1900 einen Gesetzesantrag zur „Abänderung der strafrechtlichen und strafprocessualen Bestimmungen der die Presse betreffenden Reichsgesetze“ stellte (Heine 1901).

Die drei Autoren nutzten ihren Zugang zu Diskussionsforen und Staat und konnten dort für die Pressereform werben, allerdings ohne Erfolg.

Bücher, Schairer und Schumann hatten Zugang zu Themenöffentlichkeiten, in denen sie (bürgerliche) Gesellschaftskritiker und Meinungsbildner in Politik, Gelehrtenwelt und Kultur erreichen konnten. Sie schrieben zum einen in Zeitschriften, die schon durch ihre renommierten und vernetzten Gründer und Herausgeber Aufmerksamkeit versprachen

(Bruch 1996, 2005). Vor allem Schairer sticht mit zahlreichen Aufsätzen heraus. Er be spielte alle im Folgenden genannten Zeitschriften, in denen aber auch Bücher, Schumann sowie weitere Autoren veröffentlichten:

- *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*: Herausgeber Bücher veröffentlichte hier nicht nur seinen Gesetzesvorschlag, sondern stellte auch Schairer seine Zeitschrift für eine Analyse städtischer Inseratenblätter zur Verfügung (Schairer 1915b, NL 182/S 31-32; 1915e);
- *Die Hilfe. Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst* (Herausgeber: Friedrich Naumann);
- *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* (Herausgeber: Max Weber, Edgar Jaffé, Werner Sombart). Der Nationalökonom und spätere USPD-Finanzminister der Bayerischen Räterepublik, Edgar Jaffé, bat Schairer 1915 um einen Aufsatz zum Thema „Gemeinwirtschaftliche Organisation des Inseratenwesens“ (Schairer 1915d, NL 182/S 45-46);
- *Kunstwart/Deutscher Wille* (Herausgeber: Ferdinand Avenarius);
- *März. Eine Wochenschrift* (Herausgeber: Albert Langen, Ludwig Thoma; Redakteur: Theodor Heuß).

Der Eugen Diederichs Verlag in Jena sowie der Verlag Callwey in München waren darüber hinaus Plattformen der Pressereformdebatte. Hier erschienen die Flugschriften von Schairer und Schumann (1919), bei Callwey überdies der *Kunstwart*, bei Diederichs *Die Tat* mit weiteren Beiträgen zur Pressereformdebatte. Beide Verlage hatten in der Kapitalismuskritik bildungsbürgerlicher Kreise eine Marktlücke gefunden und vernetzten dabei unterschiedliche politische Orientierungen (Bruch 1996).

Bücher, Schairer und Schumann hatten Zugang zu staatlichen Stellen, die sich im Krieg und der anschließenden Sozialisierungsdiskussion mit Wirtschaftslenkung beschäftigen mussten. Karl Bücher war von Edgar Jaffé aufgefordert worden, einen Gesetzentwurf für ein Inseratenmonopol der Gemeinden zu erarbeiten (Bücher 1919: 315). Schumanns (1919) Gesetzentwurf für die Sozialisierung der Presse entstand aus seiner Mitarbeit in der von der bayerischen Räteregierung eingesetzten Sozialisierungskommission des bayerischen Zentralwirtschaftsamts, das nach wenigen Monaten wieder aufgelöst wurde. Mit dessen Präsidenten Otto Neurath hatte er zuvor einen Sozialisierungsplan für Sachsen entwickelt und über die „sozialistische Lebensordnung“ geschrieben (Euchner 2005: 285f.).

Erich Schairer hatte durch seine Arbeit für Friedrich Naumann und die Deutsch-Türkische Vereinigung Kontakte ins Reichsschatzamt und ins Reichswirtschaftsamt. Aus dem Kriegsdienst wurde er vom Auswärtigen Amt für die Orientpolitik zurückgefordert (Schaber 1981: 34). Schairer schickte 1917 eine Denkschrift zur Inseratenkontrolle ans Reichsschatzamt und dem Reichswirtschaftsamt seine Aufsätze. Dieses hatte ihn um Argumente für das Inseratenmonopol gebeten (ebd.: 40, 156). Ob Schairer damals tatsächlich ein „bedeutender Publizist“ in Sachen Gemeinwirtschaft war (Euchner 2005: 321), sei dahingestellt. Jedenfalls schien er „Reputation genug“ besessen zu haben, so dass die Zeitungsverleger ihn ein Jahr lang in ihrer Zeitschrift bekämpfen mussten (Stöber 1992: 109). Alle drei Autoren waren sich aber sicher, dass Politiker aus „Furcht vor den Zeitungen“ ihre Vorschläge nicht beachten würden (Bücher 1921: 297, vgl. Schairer 1919: 14, Schumann 1919: 19).

6. Fazit

Die Pressereformdebatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts war für die SPD eine Gelegenheit, das von ihr wahrgenommene Massenkommunikationsproblem zu bearbeiten. Dass

sie diese Gelegenheit nicht genutzt hat, haben wir, gestützt auf den diskursiven Institutionalismus, mit der innerhalb der Partei dominierenden Idee der „sozialdemokratischen Presse“ erklärt. Dieses sich zur Ideenstruktur (*ideational structure*) verfestigte Verständnis von (SPD-)Presse entwickelte die Sozialdemokratie in Abgrenzung zur Massenpresse, in der sie nicht die gewünschte öffentliche Sichtbarkeit erhalten hatte und die sie als Instrument des Kapitalismus ansah. Nachdem die Partei sich eingestanden hatte, dass ihre Presse die Reichweite der Generalanzeiger nicht erlangen konnte, führten die *foreground discursive abilities* der Partei zwar dazu, dass die Reform der sozialdemokratischen Presse nach dem Vorbild der Massenpresse thematisiert wurde. Sie führten aber nicht dazu, dass die Idee der „sozialdemokratischen Presse“ als Lösung des Kommunikationsproblems infrage gestellt wurde, sondern sie wurde im Gegenteil reproduziert. Presse- oder Medienpolitik (im Sinne kollektiv verbindlicher Gestaltung von Medienstrukturen durch die Politik) hatte für die SPD zu diesem Zeitpunkt lediglich das Ziel, die Verfolgung der Presse durch den Staat zu unterbinden.

Bücher, Schairer und Schumann können als medienpolitische *foreground*-Akteure der Sozialdemokratie verstanden werden. Sie bearbeiteten mit ihren Pressereformbeiträgen auch Sichtbarkeitsprobleme der Sozialdemokratie. Sie sympathisierten mit der Sozialdemokratie, hatten der Partei gegenüber aber keine Verpflichtung durch Ämter oder Anstellungsverhältnisse. Sie waren deshalb nicht an die Denk- und Sprechregeln der SPD gebunden, sondern bewegten sich in (teils wechselnden) politischen, akademischen und kulturellen Kontexten. Sie waren in der Lage, ein anderes Verständnis von Medienpolitik zu artikulieren und zwar einer Medienpolitik, bei der staatliche Eingriffe in (ökonomische) Medienstrukturen legitim sein konnten.

Ungedruckte Quellen

- Schairer, E. (1915a): Brief an Karl Bücher vom 06.06.1915. Nachlass Karl Bücher, Universitätsbibliothek Leipzig. Sig.: NL 183/4/Sa-Schm 15-16. https://histbest.ub.uni-leipzig.de/rsc/viewer/UBLNachlassBuecher_derivate_00003855/nl_183_4_sa_016.jpg [10.07.2018].
- Schairer, E. (1915b): Brief an Karl Bücher vom 17.06.1915. Nachlass Karl Bücher, Universitätsbibliothek Leipzig. Sig.: NL 182/S 31-32. https://histbest.ub.uni-leipzig.de/servlets/solr/select;sessionid=8137B9C26542631CBF2B89F5620DE0B1?q=%2BobjectType%3A%22kalliope%22+%2Bcategory%3A%22EAD_estate%5C%3AESTATE0001%22+%2BallMeta%3ASchairer&mask=index.xed&version=4.5&start=14&fl=id&rows=1&XSL.Style=browse&origrows=10 [10.07.2018].
- Schairer, E. (1915c): Brief an Karl Bücher vom 26.08.1915. Nachlass Karl Bücher, Universitätsbibliothek Leipzig. Sig.: NL 182/S 39-40. https://histbest.ub.uni-leipzig.de/rsc/viewer/UBLNachlassBuecher_derivate_00004418/nl_182_s_039.jpg [10.07.2018].
- Schairer, E. (1915d): Brief an Karl Bücher vom 28.11.1915. Nachlass Karl Bücher, Universitätsbibliothek Leipzig. Sig.: NL 182/S 45-56. https://histbest.ub.uni-leipzig.de/servlets/solr/select;sessionid=8137B9C26542631CBF2B89F5620DE0B1?q=%2BobjectType%3A%22kalliope%22+%2Bcategory%3A%22EAD_estate%5C%3AESTATE0001%22+%2BallMeta%3ASchairer&mask=index.xed&version=4.5&start=11&fl=id&rows=1&XSL.Style=browse&origrows=10 [10.07.2018].

Literatur und gedruckte Quellen

- Avenarius, F. (1908): Reklame und Kultur. In: Kunstwart, 22. Jg., H. 5, S. 257–266.
- Avenarius, F. (1914): Laßt das Vergangene vergangen sein. In: Kunstwart und Kulturwart, Jg. 28, H. 3, S. 99.
- Bösch, F.; Frei, N. (2006): Die Ambivalenz der Medialisierung. Eine Einführung. In: Dies. (Hg.): Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert. Göttingen: Wallstein, S. 7–23.

- Braun, A. (1917): Das Vorbild des Generalanzeigers. In: Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse, 18. Jg., Nr. 165, S. 1–4.
- Braun, A. (1919): Inseratenmonopol und Zukunft der Presse. In: Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse, 22. Jg., Nr. 185, S. 2–4.
- Bruch, R. v. (1980): Zeitungswissenschaft zwischen Historie und Nationalökonomie. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Publizistik als Wissenschaft im späten deutschen Kaiserreich. In: Publizistik, 25. Jg., S. 579–605.
- Bruch, R. v. (1996): Wilhelmismus – Zum Wandel von Milieu und politischer Kultur. In: U. Puschner, W. Schmitz, J. Ulbricht (Hg.): Handbuch zur „Völkischen Bewegung“ 1871–1918. München: Saur, S. 3–21.
- Bruch, R. v. (2005): Kunstwart und Dürerbund. In: Ders. (Hg.): Bürgerlichkeit, Staat und Kultur im Kaiserreich. Stuttgart: Steiner, S. 334–349.
- Bücher, K. (1915): Die Zukunft der deutschen Presse. In: K. Hönn (Hg.): Der Kampf des deutschen Geistes im Weltkrieg. Gotha: Perthes, S. 174–186.
- Bücher, K. (1926[1916]): Die Anonymität in den Zeitungen. In: Ders.: Gesammelte Aufsätze zur Zeitungskunde. Tübingen: Lauppische Buchhandlung, S. 107–173.
- Bücher, K. (1919): Die Sozialisierung. Vortrag vor Beamten, 06.01.1919. Tübingen: Lauppische Buchhandlung.
- Bücher, K. (1921): Zur Frage der Pressreform. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 76, H. 3, S. 296–331.
- Calwer R. (1901): Die sozialdemokratische Presse. In: Sozialistische Monatshefte, 7. Jg., H. 9, S. 699–704.
- Carstensen, M.; Schmidt, V. (2016): Power through, over and in ideas: conceptualizing ideational power in discursive institutionalism. In: Journal of European Public Policy, 23. Jg., H. 3, S. 318–337.
- Danker, U.; Oddey, M.; Roth, D.; Schwabe, A. (2003): Am Anfang standen Arbeitergroschen. 140 Jahre Medienunternehmen der SPD. Bonn: Dietz.
- Eisner, K. (1919[1914]): Preßprobleme. In: Ders.: Gesammelte Schriften. Band 1. Berlin: Cassirer, S. 444–462.
- Entman, R. (1993): Framing: Toward clarification of a fractured paradigm. In: Journal of Communication, 43. Jg., S. 51–58.
- Euchner, W. (2005): Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil 1. In: W. Euchner, H. Grebing, F.-J. Stegmann, P. Langhorst, T. Jahnichen, N. Friedrich: Geschichte der sozialen Ideen in Deutschland. Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch. Wiesbaden: VS, S. 15–354.
- Fischer, E. (1919): Staatssozialismus. In: Sozialistische Monatshefte, 25. Jg., S. 473–475.
- Franke, Arno (1914): Die Parteipresse auf dem Parteitag. In: Die Neue Zeit, 32. Jg., 1. Band, Nr. 1, S. 22–27.
- Frizenschaf, J. (1912): Die Wahrheit über die farblose Presse. Bochum: Potthoff.
- Groth, O. (1928): Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde. Band 1. Mannheim: Bensheimer.
- Heine, W. (1901): Notwendige Reformen im Presserecht. In: Sozialistische Monatshefte, 5. Jg., S. 243–252.
- Hirsch, C. (1876): Die Parteipresse, ihre Bedeutung und Organisation. Leipzig: Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.
- Hoch, G. (1914): Die Aufgabe der Parteipresse. In: Die Neue Zeit, 32. Jg., 1. Band, Nr. 6, S. 189–192.
- Kiefer, M. L.; Steininger, C. (2014): Medienökonomik. München: Oldenbourg.
- Koszyk, K. (1958): Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933. Heidelberg: Quelle & Meyer.
- Koszyk, K. (1972): Deutsche Presse: 1914–1945. Berlin: Colloquium.
- Koszyk, K. (1980): Die Geschichte der sozialdemokratischen Presse im Überblick. In: K. Koszyk, G. Eisfeld: Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Bonn: Verlag Neue Gesellschaft, S. 3–58.
- Kraatzsch, G. (1969): Kunstwart und Dürerbund. Ein Beitrag zur Geschichte der Gebildeten im Zeitalter des Imperialismus. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kunze, A. (1967) (Hg.): Erich Schairer zum Gedächtnis. Aus seinen Schriften, Würdigungen, Erinnerungen. Stuttgart: Turmhaus.

- Kutsch, A. (2000): Schriftenverzeichnis Karl Bücher. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Lassalle, F. (1965[1863]): Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag. In: O. B. Roegele (Hg.): Presse-Reform und Fernseh-Streit. Texte zur Kommunikationspolitik 1832 bis heute. Gütersloh: Mohn, S. 43–54.
- Leesch, K. (2014): „Vorwärts“ in „Die neue Zeit“. Die sozialdemokratische Presse im langen 19. Jahrhundert. Leipzig: Ille & Riemer.
- Löblich, M. (2016): Theoriegeleitete Forschung in der Kommunikationswissenschaft. In: S. Averbek-Lietz, M. Meyen (Hg.): Handbuch nicht-standardisierte Methoden in der Kommunikationswissenschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 67–79.
- Matthes, J. (2014): Framing. Baden-Baden: Nomos.
- Mehring, F. (1908): Bürgerliche und proletarische Presse. In: Die Neue Zeit, 26. Jg., 2. Band, Nr. 27, S. 1–4.
- Meißner, M. (2017): Der Verein Arbeiterpresse (1900–1933). Selbstverständnis, Autonomie und Ausbildung sozialdemokratischer Redakteure. Baden-Baden: Nomos.
- Meyen, M. (2002): Zeitungskundliche Dissertationen in Leipzig 1916 bis 1926. In: E. Koenen, M. Meyen (Hg.): Karl Bücher. Leipziger Hochschulschriften 1892–1926. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, S. 135–200.
- Osterroth, F.; Schuster, D. (1975): Chronik der deutschen Sozialdemokratie. 1. Bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Berlin: Dietz.
- Protokolle der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1869–1874. Band 1 (Eisenach 1869 – Coburg 1874). Glashütten: Auvermann 1971.
- Protokoll des Sozialisten-Congresses zu Gotha vom 27. bis 29. Mai 1877. Hamburg: Genossenschafts-Buchdruckerei 1877.
- Protokolle über die Verhandlungen der Parteitage der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (1890–1959). Online-Edition der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung. <http://library.fes.de/parteeitage/> [29.06.2018].
- Requate, J. (2006): Kommerzialisierung der Presse im frühen 20. Jahrhundert. In: C. Zimmermann (Hg.): Politischer Journalismus, Öffentlichkeiten und Medien im 19. und 20. Jahrhundert. Ostfildern: Thorbecke, S. 121–138.
- Reumann, K. (1968): Entwicklung der Vertriebs- und Anzeigenerlöse im Zeitungsgewerbe seit dem 19. Jahrhundert. In: Publizistik 13. Jg., S. 226–271.
- Roegele, O. B. (1965) (Hg.): Presse-Reform und Fernseh-Streit. Texte zur Kommunikationspolitik 1832 bis heute. Gütersloh: Mohn.
- Saxer, U. (2012): Mediengesellschaft: Eine kommunikationssoziologische Perspektive. Wiesbaden: VS.
- Schaber, W. (1981): Der Gratzgänger. Welt und Werk Erich Schairers. München: Saur.
- Schairer, E. (1915e): Städtische Inseratenblätter. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 71, H. 4, S. 556–587.
- Schairer, E. (1917): Gemeinwirtschaft im Anzeigenwesen. In: Die Hilfe, 23. Jg., S. 261f.
- Schairer, E. (1919): Sozialisierung der Presse. Jena: Diederichs.
- Schairer, E. (2002): Bin Journalist, nichts weiter. Ein Leben in Briefen. Herausgegeben von Manfred Bosch und Agathe Kunze. Tübingen: Silberburg.
- Schmidt, Vivien A. (2008): Discursive Institutionalism: The Explanatory Power of Ideas and Discourse. Annual Review of Political Science, 11. Jg., S. 303–326.
- Schmölder, R. (1879): Das Inseratenwesen, ein Staatsinstitut. Leipzig: Reissner.
- Schröder, W. (1907): Unsere Presse. In: Sozialistische Monatshefte, 13. Jg., S. 741–749.
- Schröder, W. (1910): Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863 bis 1909. München: Birk.
- Schröder, W. (1917): Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1910 bis 1913. München: Birk.
- Schumann, W. (1919): Reform und Sozialisierung der Tagespresse. München: Callwey.
- Schumann, W. (1920): Entgiftung. 2. Die Presse. In: Kunstwart und Kulturwart, 33. Jg., H. 20, S. 353–357.

- Stöber, R. (1992): Pressefreiheit und Verbandsinteresse. Die Rechtspolitik des „Reichsverbands der deutschen Presse“ und des „Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger“ während der Weimarer Republik. Berlin: Colloquium Verlag.
- Thienst, F. (1919): Parteitag und Parteipresse. In: Die Neue Zeit, 37. Jg., 1. Band, Nr. 5, S. 110–114.
- Vliegenthart, R.; van Zoonen, L. (2011). Power to the Frame: Bringing Sociology Back to Frame Analysis. In: European Journal of Communication, 26. Jg., H. 2, S. 101–115.
- Wehler, H.-U. (2008): Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 3. München: Beck.
- Wilke, J. (2002): Bedeutung und Gegenstand der Medienpolitik. In: H. Haas, W. R. Langenbucher (Hg.): Medien- und Kommunikationspolitik. Ein Textbuch zur Einführung. Wien: Braumüller, S. 52–67.
- Wilke, J. (2008): Grundzüge der Medien- und Kommunikationsgeschichte. Köln: Böhlau.

Scripted Reality TV

Was wird gezeigt und mit welchen Folgen für Erwachsene?



Fernsehrealität und Realitätswahrnehmung

Eine Untersuchung zum Einfluss von Scripted-Reality-Sendungen auf Erwachsene

Von Dr. Hanna Götz

2018, 273 S., brosch., 59,– €

ISBN 978-3-8487-4652-1

eISBN 978-3-8452-8880-2

(medien SKRIPTEN, Bd. 58)

nomos-shop.de/34869

Die Autorin gibt ausführliche Einblicke in die gezeigte Medienrealität von Scripted-Reality-TV und untersucht Rezeption und Nutzung dieser Formate durch Erwachsene. Dabei wird unter anderem auf mögliche Kultivierungseffekte, unter Berücksichtigung der wahrgenommenen Realität, geprüft.



Unser Wissenschaftsprogramm ist auch online verfügbar unter:
www.nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter
www.nomos-shop.de

Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos